

Positionspapier Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung Bündnis 90/Die Grünen (beschlossen am 23.6.2012 in Hofgeismar)

PLÄDOYER für eine partnerschaftliche Schulpolitik - Längeres gemeinsames Lernen ermöglichen

Bildungspolitik ist ein komplexes und umstrittenes Feld. Uns ist bewusst, dass gute Schulen nicht von oben verordnet, sondern nur ermöglicht und unten entwickelt werden können. Deshalb brauchen die Schulen wie auch die Öffentlichkeit die Sicherheit, dass Politik nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg Entscheidungen verordnet.

Wir werden alle an Schule Beteiligten, also Kinder, Eltern, Lehrkräfte sowie kommunale und freie Schulträger, Verbände und Unternehmen frühzeitig an der Entwicklung bildungspolitischer Reformen beteiligen. Menschen sind bereit Verantwortung zu übernehmen. Wir nehmen sie ernst und beziehen sie auf Augenhöhe ein.

I. Abkehr vom politischen Streit über die Schulstruktur

Seit den 60er Jahren ist die Bildungspolitik weitgehend dominiert von der Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit des gegliederten Schulwesens. Dieser ideologisch geführte Schulkampf hat zu einer Lähmung in wichtigen Bereichen der Schulentwicklung geführt. So konnte die Gesamtschule – als Alternative zum gegliederten System gestartet – ihr Ziel, ersetzende Schulform zu sein, nie erreichen. Stattdessen blieb sie ein zusätzliches Schulangebot, das - bei allen wichtigen Erfolgen – nie beweisen durfte, ob es für alle Kinder die bessere Alternative wäre.

Viele Bundesländer leisten sich eine Vielzahl von Schulformen, die immense finanzielle Mittel binden, die somit nicht für benötigte Investitionen in Pädagogik, Personal und Schulbauten zur Verfügung stehen. In der Folge hat Deutschland nicht nur jahrzehntelang dringend notwendige Reformen verschlafen, dieser Kampf zweier Ideologien hat auch zu einer Spaltung der Bildungslandschaft geführt, was Reformen dort, wo sie heutzutage notwendig und richtig sind, zu einer bildungspolitischen Herausforderung macht. Viele heutige Eltern haben als Schülerinnen und Schüler das Hin und Her der Schulreformen der 70er und 80er Jahre mitbekommen und können sich nur schwer vorstellen, dass Bildungspolitik heutzutage für die Kinder und nicht für die eigene Ideologie kämpft.

Zudem hat die Bildungspolitik zu lange nicht beachtet, dass Schulreform immer „eine Operation am offenen Herzen“ ist. Jeder Schritt muss – auch in der Umstellungsphase – zu besseren Lernbedingungen für die Kinder führen. Deshalb muss jeder Schritt sorgsam vorbereitet und mit allen am Schulleben Beteiligten – Lehrkräften ebenso wie Eltern und SchülerInnen – gemeinsam umgesetzt werden.

PISA 2000 hat einige Schwächen des deutschen Schulsystems aufgedeckt. Seitdem gibt es vielfältige Anstrengungen, die Ergebnisse zu verbessern. Bündnis 90/Die Grünen haben dabei immer auf den Gleichklang von innerer und äußerer Schulreform gesetzt. In der öffentlichen Wahrnehmung stand allerdings häufig die Strukturreform im Vordergrund. „Eine Schule für alle“ wurde als Credo grüner Bildungspolitik identifiziert. Koalitionsverträge wurden daran gemessen, wie weit sie längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. So galt die sechsjährige Primarschule im Hamburger Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL als Ausdruck „grüner Handschrift“.

In allen Bundesländern gibt es, ob mit oder ohne grüne Beteiligung, Veränderungen der Schulstruktur, die darauf abzielen, das gegliederte Schulwesen zu verändern. Die demografische Entwicklung mit einem gravierenden Rückgang der zukünftigen Zahl der Schülerinnen und Schüler stellt zumindest in allen Flächenländern die Existenzfrage für die durchgehende Vielgliedrigkeit, und die Hauptschule wird durch das Wahlverhalten der Eltern überall in Frage gestellt. Neben dem Gymnasium entwickeln sich in vielen Bundesländern daher - häufig auch neben der bereits bestehenden Gesamtschule - neue Schulen des gemeinsamen Lernens in unterschiedlichen Bildungsgängen, heißen sie nun Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen, Stadtteilschulen oder auch Regionalschulen.

Dieses sind jedoch nur die ersten äußerlichen Schritte. Wenn wir signifikant bessere Ergebnisse erzielen wollen, müssen wir parteiübergreifend größte Anstrengungen unternehmen, die Qualität des Bildungssystems deutlich zu steigern. Von der Kita über die Schulen und Universitäten bis hin zur beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sind Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung zu planen und umzusetzen. Diese Entwicklung erfordert eine klare, zielgerichtete Politik, die Veränderungsprozesse initiiert und sie mit guten Rahmenbedingungen ermöglicht. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, diesen Weg genauer zu beschreiben.

II. Ziele grüner Schulpolitik

Kinder und Jugendliche sind neugierig, voller Wissensdurst und Experimentierfreude, voller Fragen nach dem Wie und Warum dieser Welt. Kinder und Jugendliche haben unterschiedliche Anlagen, unterschiedliche Fähigkeiten und Vorlieben und entwickeln sich unterschiedlich. Aufgabe des Bildungssystems ist es, ihnen von Anfang an diesen Wissensdurst zu erhalten und sie in all ihrer Unterschiedlichkeit zu fördern. Diese Vielfalt ist Gewinn, Herausforderung und Chance zugleich. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Schulsystem verdient, das sie optimal fördert.

Die Gestaltung guten Unterrichts und die innere Entwicklung von Schule liegen maßgeblich in den Händen von Lehrerinnen und Lehrern. Das Gelingen von Unterricht und Schule wird wesentlich von ihrem Engagement und ihren Überzeugungen bestimmt. Innere und äußere Entwicklung von Schule, Qualität und Struktur, greifen dabei ineinander und bedingen sich gegenseitig. Unser oberstes Ziel ist daher immer die optimale Förderung aller Kinder und Jugendlichen, die Reform der Schulstruktur bleibt Mittel zu diesem Zweck.

Unsere Vorstellung von einer guten Schule lässt sich in fünf Punkten beschreiben:

1. Schule der Verantwortung

Wir meinen eine Schule, in der kein Kind und kein Jugendlicher beschämt wird, in der Respekt, Wertschätzung und Sorgsamkeit mit sich, dem Mitmenschen, der Natur und den Dingen gelebter Alltag sind. In dieser Schule wird demokratisches Engagement, Schülermitbeteiligung und Eigeninitiative im Unterricht und im Schulleben gefördert und von den Erwachsenen vorgelebt bzw. aktiv unterstützt. Diese Schule ist in das lokale Umfeld integriert und im Sinne einer kommunalen Bildungslandschaft mit anderen Akteuren vor Ort eng vernetzt.

2. Schule der Vielfalt

Wir meinen eine Schule, die konstruktiv mit unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen, Interessen und Lernentwicklungen der Kinder und Jugendlichen umgeht, die kulturelle, geschlechtliche und sprachliche Unterschiede erkennt und Benachteiligungen wirksam ausgleicht. Das beinhaltet auch eine inklusive Schule, die die Kinderrechte gemäß Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen umsetzt.

3. Schule der Leistung

Wir meinen eine Schule, die jedes Kind und jeder Jugendliche entsprechend ihren Lernvoraussetzungen und Talenten so fördert, dass sich alle ihren individuellen Möglichkeiten gemäß optimal entwickeln können. Sie verbindet hohe Leistungsanforderungen mit Lernfreundlichkeit und Unterstützung durch optimistische Erwachsene, die Kindern und Jugendlichen zutrauen, erwartete Leistung auch zu erbringen. Damit ist sie eine Schule, die das individuelle Lernen planvoll unterstützt und klare Programme für besondere Begabungen wie auch für Lernschwächen hat - eine Schule also, in der Leistung Freude macht.

4. Schule mit hoher Unterrichtsqualität

Wir meinen eine Schule, die dafür sorgt, dass Kinder und Jugendliche das Lernen selbst in die Hand nehmen, eine Schule, die ein verständnisintensives und praxisorientiertes Lernen auch an außerschulischen Lernorten ermöglicht, eine Schule, die den Unterricht und das Schulleben auf Basis neuer Erkenntnisse kontinuierlich verbessert. Dazu nutzt sie auch Verfahren der Lernstandsanalyse und ermöglicht regelmäßige Schüler-Lehrer-Feedbacks.

5. Schule als lernende Organisation

Wir meinen eine Schule, die moderne und ergebnisorientierte Formen der Zusammenarbeit des Kollegiums, der Führung und des demokratischen Managements praktiziert und die Motivation und Professionalität aller Fachkräfte planvoll fördert. Dies bedingt eine Schule, die in der Bewältigung der Stofffülle und der Organisation und Selbstevaluation des Schulgeschehens eigene Aufgaben für sich erkennt und sich in der Folge selbständig und nachhaltig um ihre Qualitätssicherung kümmert.

III. Aufgaben grüner Bildungspolitik

Damit Schulen sich entwickeln können, ist es notwendig, zielgerichtet in sie zu investieren. Wir sind überzeugt davon, dass Schulen „Orte der Ermöglichung“ sein können: Lern- und Lebensraum für optimale Bildung für alle Schülerinnen und Schüler, für interessante und gut

ausgestattete Arbeitsplätze für multiprofessionelle Teams, für sichere Orte des Lernens, die allen Eltern das Gefühl geben, dass ihr Kind sicher vor Gewalt und Mobbing ist und optimal auf die Bildungsherausforderungen der Gesellschaft vorbereitet wird.

Das bestehende gegliederte Schulsystem scheint uns wenig geeignet, diese Zielvorstellungen guter Schule umzusetzen. Eine umfassende Abkehr vom gegliederten Schulwesen kann aber nicht von oben verordnet, sie kann nur ermöglicht und von unten entwickelt werden. Das Ziel, allen Kindern und Jugendlichen das gemeinsame Lernen in einer Schule zu ermöglichen, ist nur erreichbar, wenn es gelingt, Eltern und Lehrkräfte von dieser Weiterentwicklung zu überzeugen. Denn die gemeinsame Schule wird nur dann eine bessere Schule, wenn sie gewollt ist. Wir machen uns nach wie vor dafür stark, dieses Ziel in allen Bundesländern zu erreichen, wir wissen aber auch, dass dies ein Prozess sein wird, der vermutlich überall noch Jahrzehnte dauern wird. Dabei erkennen wir auch, dass die Bundesländer unterschiedliche Reformanstrengungen hinter sich haben und die Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens nicht überall auf dem gleichen Weg erreichbar ist.

Aus diesem Grund setzen wir auf eine zweifache Strategie der Ermöglichung: Verbesserte Rahmenbedingungen für eine gute Schule als notwendige Gelingensbedingungen für innere Reformen einerseits und das Versprechen einer partnerschaftlichen grünen Bildungspolitik andererseits!

Das Schulsystem leidet an einem Leistungs- und Gerechtigkeitsdefizit. Trotz großer Anstrengungen von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Eltern und sichtbarer Erfolge

- verlassen immer noch 6,5% der Jugendlichen die Schule ohne Schulabschluss;
- kann nahezu jeder 5. Jugendliche nicht richtig lesen und schreiben und verlässt die Schule ohne die Fähigkeiten und Kompetenzen, die er für eine erfolgreiche Ausbildung benötigt;
- verfügt jeder 7. junge Erwachsene (Gruppe der 25-34 Jährigen) über keinen Ausbildungsabschluss und ist damit von Arbeitslosigkeit bedroht;
- ist der Schulerfolg in Deutschland viel zu stark an die soziale Herkunft gekoppelt;
- gehen Kinder mit Migrationshintergrund selbst bei gleichem sozioökonomischen Status doppelt so häufig auf Hauptschulen,
- bleiben viel zu viele Jugendliche bei der schulischen Bildung weit unter ihren individuell eigentlich erreichbaren Möglichkeiten.

Angesichts der Anforderungen unserer modernen Wissensgesellschaft und dem rasanten demografischen Wandel benötigen Kinder und Jugendliche heute eine andere Bildung, als die in der arbeitsteiligen Industriegesellschaft gewachsenen Schulen bieten können. Während junge Menschen noch vor 40 Jahren auch ohne Schulabschluss einen sicheren Platz im Arbeitsleben finden konnten, haben Jugendliche mit „nur“ einem Hauptschulabschluss heute in vielen Regionen unseres Landes nur sehr geringe Chancen auf Ausbildungsplatz oder Arbeit. Während junge Menschen in der Industriegesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts noch damit rechnen konnten, einen einmal erlernten Beruf ein ganzes Leben häufig sogar im gleichen Betrieb ausüben zu können, wird im 21. Jahrhundert das Prinzip des lebenslangen Lernens die Berufsbiografie der Menschen immer mehr bestimmen. Damit

müssen die öffentlich verantworteten Bildungsinstitutionen erheblich gerechter und leistungsfähiger werden, um allen jungen Menschen die Chance auf umfassende Teilhabe in der Arbeitswelt und unserem demokratischen Gemeinwesen zu ermöglichen. Nicht ein einmal erlernter Wissenskanon, sondern die Fähigkeit zu lernen und erworbene Schlüsselkompetenzen entscheiden damit über die Lebenschancen junger Menschen im 21. Jahrhundert. Bildung ist zu einem entscheidenden Faktor sozialer Gerechtigkeit und zum wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft insgesamt geworden.

Wir begreifen die qualitative Weiterentwicklung unserer Schulen als Daueraufgabe grüner Bildungspolitik im Dialog mit allen an Schule Beteiligten, in der es Phasen der Veränderung wie auch Phasen der Konsolidierung geben muss. Uns geht es darum, in Kooperation mit Eltern und Lehrkräften Schulpolitik zu gestalten und gemeinsam für ein optimales Schulsystem für alle Kinder zu kämpfen. Gerade weil viele Menschen von schulpolitischen Entscheidungen direkt betroffen sind, sie die politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte aber teilweise als unverständlich, ungerecht oder schlichtweg überfordernd wahrgenommen haben, sollte eine partnerschaftliche Bildungspolitik unser zentrales bildungspolitisches Leitbild der kommenden Jahre sein.

Wir sind überzeugt davon und möchten die Menschen davon im ständigen Dialog überzeugen, dass folgende Maßnahmen notwendig sind, um gute Schulen zu ermöglichen:

Schritte zu einer besseren Schule

a) Entwicklung einer neuen Lernkultur

- > Individualisierende Lernarrangements in gemeinsamen Lerngruppen werden der Vielfalt und Heterogenität der Kinder und Jugendlichen gerecht und sind der äußeren Leistungsdifferenzierung vorzuziehen. Sitzenbleiben ist eine Methode der Vergangenheit. Wer Lernschwierigkeiten hat, muss mehr Zeit erhalten, mehr Unterstützung erfahren, andere Lernwege ermöglicht bekommen. Wiederholung allein macht nicht klüger.
- > Viele Schulen sind bisher für einen 45-Minuten-Lerntakt und Frontalunterricht konzipiert. Wenn wir individualisiertes Lernen ernst nehmen und Kindern und Jugendlichen das Ausleben ihrer Kreativität und Neugierde auch und gerade in Schule ermöglichen wollen, benötigen wir flexiblere Lernrhythmen, zusätzliche Möglichkeiten durch Ganztagsangebote und an moderne Lernformen angepasste Unterrichtsräume.
- > Schulen werden von uns dabei unterstützt, sich von innen heraus weiterzuentwickeln. Ziel ist eine neue Lernkultur, in der Schülerinnen und Schüler gemäß ihren Kompetenzen und ihren Interessen individuell gefördert werden, selbständig miteinander und voneinander lernen. Wer sein Lernen aktiv mitgestaltet, lernt besonders intensiv, motiviert und erwirbt soziale Kompetenzen, Vertrauen in sich selbst und Selbständigkeit. Alle Kinder haben theoretisch ab Klasse 1 dieselben Chancen, praktisch fehlen vielen Kindern die Möglichkeiten, sich auszuprobieren, eigene Talente und Fähigkeiten zu entfalten oder die eigene Neugierde auszuleben.
- > Gute Schule muss selbständig gestalten können. Gute Schule muss eigene Ressourcen haben, die sie verantwortlich verwaltet und für die Aufgaben einsetzt, die sie im Rahmen ihres intern entwickelten Qualitätsmanagements im Sinne ihrer Schülerinnen und Schüler und ausgehend von extern definierten und politisch gesetzten Bildungsstandards für bedeutsam hält. Dazu gehört auch eine Fortbildungskultur, die 'lebenslanges Lernen' auch für

LehrerInnen ernst meint. Die Kultusbürokratie muss befähigt werden, Schulen bei der Einführung von Qualitätsmanagement zu unterstützen.

- > Für den Bildungserfolg der Kinder liegt die Verantwortung bei Lehrkräften, Eltern und nicht zuletzt auch bei den Kindern und Jugendlichen selbst. Allerdings müssen Schulen den Weg zu allen Bildungsgängen und Schulabschlüssen eröffnen, denn jede institutionelle Hürde behindert den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. Auch die Lernzeit muss individualisiert werden. Daher soll das Abitur sowohl nach 12 als auch nach 13 Jahren abgelegt werden können. Die Fehlentwicklungen mit dem Turbo-Abitur müssen durch neue Konzepte für flexiblere Lernzeiten korrigiert werden.
- > Auch die Gymnasien stellen sich der zunehmenden Heterogenität ihrer Schülerschaft und entwickeln Konzepte zur individuellen Förderung jedes Schülers und jeder Schülerin. Sie übernehmen die Verantwortung für den Bildungserfolg aller Kinder, die sie aufgenommen haben.
- > Mit klaren Vorgaben und Qualitätsstandards müssen die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes, die Inklusion und die Berufsorientierung gleichermaßen zur Aufgabe aller Schulen werden.
- > Alle Eltern, die dies wollen, müssen die Möglichkeit haben, ihr Kind wohnortnah auf eine gemeinsame Schule zu schicken.
- > Bildungs- und Sozialeinrichtungen müssen im Sinne der Kinder und Familien vor Ort eng zusammenarbeiten (Regionalisierung, Sozialraummanagement) und mit Betrieben, Vereinen und Initiativen in der Nachbarschaft kooperieren. Lernen benötigt viele Lernorte.

b) bessere personelle und sächliche Rahmenbedingungen

- > Eine gute Schule braucht eine gute allgemeine Ausstattung und multiprofessionelle Teams an jeder Schule. Schulsozialarbeit muss im Schulalltag verankert sein, damit Kinder mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und unterschiedlicher sozialer Herkunft optimal gefördert werden können. Das klassische Lehrpersonal wird durch zusätzliche Kräfte mit vielfältigen Qualifikationen unterstützt. Dazu können beispielsweise SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, KünstlerInnen, Bibliothekskräfte, KrankenpflegerInnen, HandwerkerInnen, LaborantInnen und Verwaltungspersonal gehören.
- > Eine gute Schule bietet allen Beschäftigten einen angemessenen, nach klaren Standards ausgestatteten Arbeitsplatz. In Verbindung mit höheren Präsenzzeiten in der Schule kann dadurch auch für Lehrerinnen und Lehrer eine eindeutigere Trennung von Freizeit und Beruf ermöglicht werden.
- > Eine gute Schule braucht Lehrkräfte, die hervorragend und praxisnah ausgebildet sind und die ihre Fähigkeiten regelmäßig durch Fort- und Weiterbildung erneuern und erweitern. Die Lehrerausbildung muss neuen Herausforderungen wie Inklusion, kultureller Vielfalt und Mehrsprachigkeit, Differenzierung und dem Anspruch selbständigen Lernens gerecht werden. Deshalb ist eine Stufenlehrausbildung mit gleicher Studiendauer unser Ziel. Systematische Teamarbeit und Teamentwicklung sind die Schlüssel für erfolgreiche Arbeit. Erzieherinnen und Erzieher an Kitas brauchen bessere Berufsaussichten. Eine verbesserte Ausbildung, bessere Aufstiegschancen und mehr Männer in Kitas und Schulen sind die Grundlagen für eine optimale Bildung und Betreuung dort, wo sich die Lern- und Lebenswege der Kinder am besten unterstützen lassen. Die erforderlichen Konzepte und

Mittel zur Fort- und Weiterbildung sind zentrale Voraussetzungen für das Gelingen der hier beschriebenen Schulentwicklung.

- > Eine gute Schule braucht barrierefreie Lern- und Lebensräume, die in einem gesunden Lernumfeld und in ansprechender Architektur zum Lernen anregen. Sie braucht Platz zur Differenzierung und zum Rückzug für zeitgemäßes pädagogisches Arbeiten.
- > Wir wissen, dass vom Geld allein das Bildungssystem noch nicht besser wird. Trotzdem setzen wir uns für eine bessere Finanzierung des Bildungssystems ein. Die OECD bemängelt seit Jahren sinkende Bildungsausgaben in Deutschland. Im letzten Berichtszeitraum 2007 lagen die Ausgaben bei 4,7 % des Bruttoinlandsproduktes, der OECD-Schnitt hingegen bei 5,7 %. In den Bundesländern, in denen wir in Regierungsverantwortung stehen, werden wir zielgerichtet in mehr Bildungsqualität investieren, beispielsweise in dem wir durch die demografische Entwicklung freiwerdende Ressourcen im System belassen und für die Verbesserung der Qualität nutzen.

IV. Eine partnerschaftliche grüne Bildungspolitik für bessere Schulen!

Wir Grüne stehen mit den hier beschriebenen Zielen und Maßnahmen für eine Schulentwicklung, die die Kinder konsequent in den Mittelpunkt stellt. Sie ist in der Vergangenheit häufig durch festgefahrene Frontstellungen blockiert worden. Aktuelle Reformen in den von Grünen mitregierten Ländern zeigen, wie es besser und anders geht. Ein Beispiel dafür ist der nordrhein-westfälische Schulkonsens, der in einem breiten Prozess einer Bildungskonferenz unter Beteiligung aller Eltern- und Lehrerverbände, kommunaler Spitzenverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Fraktionen vorbereitet wurde. Dieser Konsens hat in nur 20 Monaten zur Gründung von über 70 neuen Schulen des längeren gemeinsamen Lernens geführt. Er ist damit ein erstes erfolgreiches Beispiel der hier beschriebenen partnerschaftlichen grünen Bildungspolitik. Zugleich wächst bundesweit die gesellschaftliche Zustimmung zum längeren gemeinsamen Lernen. Wir grüne BildungspolitikerInnen freuen uns über diese neue Situation, die uns Ansporn und Chance zugleich ist für unsere Politik.

Marie-Luise von Halem (BAG Sprecherin) 23.6.2012 Hofgeismar

Hans-Jürgen Kuhn (BAG Sprecher) 23.6.2012 Hofgeismar